

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Meißner Buchverlag Gm. b. H. in Neuenbürg. Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die eins. Zeile oder deren Raum im Bezirk 20, außer 25 Goldpf., Nebel-Zeile 30 Goldpf., m. Inf., Steuer, Kollekt., Anzeigen 100%, Zuschlag, Druck- und Anstaltserhaltung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinfällig wird, wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Preisänderung Nr. 4. Für irrtümliche Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Begabungspreis:
Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post in Orts- u. Oberamtsbezirk, sowie im Reichs- u. Ausland, 100 Goldpf. Nachrechnung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.
In Fällen, in denen die Begabungspreise auf Verlangen der Zeitung oder auf Veranlassung des Begabungspreises.
Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen u. Ausdruckerinnen jederzeit entgegen.
Druck-Nr. 24
C. Meißner Neuenbürg.

Nr. 18.

Samstag, den 23. Januar 1926.

84. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der Zusammentritt des württembergischen Landtags, der ursprünglich in dieser Woche vorgesehen war, ist infolge des Beschlusses der Reichsregierung auf die nächste Woche verschoben worden. Die Opposition der Linken rüht sich über die Äußerungen gegen die Regierung zu regen und es kann wohl erwartet werden, dass der Landtag in der nächsten Woche in der Hauptsache sich gegen das von der Regierung eingebrachte Staatsvereinfachungsgesetz richten wird, das aber von der Regierung selbst nur als Anfang gedacht ist. Die Frage der Kürzungen der Ausgaben, die zurzeit im Reich eine so große Rolle spielen, wird auch im württembergischen Landtag aufgeworfen werden durch eine große Anzahl der Abgeordneten nach der Abfindung des württembergischen Fürstentums und durch die sich daran anschließende allgemeine Aussprache im Plenum.

Die Regierungsbildung im Reich ist endlich unter dem Geleit der Gegner von links und rechts zustande gekommen. Die wochenlangen Verhandlungen haben wirklich ein betrübendes Bild der inneren Zersplittertheit in Deutschland. Wenn der parlamentarische Staat aufrecht erhalten werden soll, so ist es notwendig, dass die Parteien sich nicht nur in der äußeren Politik, sondern auch in der inneren Verwaltung einig werden. Bei solch katastrophalen Zuständen ist es notwendig, wenn die Forderung aufgestellt wird, die Macht des Reichspräsidenten zu beschränken und die Regierungsgewalt mehr dem Reichstag zu übertragen. Das letzte Hohe der Krise war die Ernennung von Brüning zum Reichspräsidenten nach dem Vorbild des amerikanischen Präsidenten zu übertragen. Das letzte Hohe der Krise war die Ernennung von Brüning zum Reichspräsidenten nach dem Vorbild des amerikanischen Präsidenten zu übertragen.

Gemeinde Wasserleitungen um einen Staatsbeitrag zur Straßenerhaltung wurde zurückgestellt. Eine längere Aussprache führte sich an eine Eingabe des Bundes erblindeter Arbeiter um Vereinfachung zinsloser Darlehen zur Schaffung von Wohn- u. Wirtschaftsbauwerken für württembergische Kriegsblinde (Berichterstatter Dr. Schermann). Die Eingabe wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Es handelt sich um 20 Kriegsblinde. Endlich kamen zwei Eingaben zur Besprechung betr. Anwertung öffentlicher Anleihen, darunter eine Eingabe des Hypothekengläubiger-Verbandes betr. die Anleihen und Gemeindeforderungen sowie der Sparfassenverbände am Aufwertungsbeitrag auf 5 Prozent. Aus den Erklärungen der Regierungsdirektoren ist hervorzuheben, dass eine Verpflichtung der Gemeinden zu höherer Anwertung als im Gesetz vorgesehen und eine generelle gesetzliche Regelung der Marktwerte vom Justizministerium wohl nicht beabsichtigt sei. Es konnte sehr viel auf die Gemeindeforderungen ankommen. Ein Zwang gegen alle Gemeinden ist nicht möglich. Die freiwillige Anwertung auf höhere Anwertung wurde dadurch keineswegs gefördert. Die Aufwertungsbedingungen des württ. Städtebaus scheine abgelehnt zu sein. Die Verteilung der Möglichkeit einer höheren Anwertung auf lange Zeit sei eine nichtern-vordringliche Aufgabe des einzelnen Gemeinderats. Bezüglich der Sparfassen erlaube eine Einheitslösung des Verfahrens hinsichtlich der Sparfassen unter den einzelnen Ländern. Es handle sich dabei wohl um einen Einheitsfuß von 12 1/2 Prozent. Dieser Satz sei für die Sparer im Verhältnis zu den Verfallensmitteln günstig. Aus eigener Kraft der Sparfassen seien diese 12 1/2 Prozent kaum aufzubringen. Es sei ein Runderlaß zur Auffassung über das Verhältnis der Anwertungsbedingungen bei den Sparfassen zu erwarten. Die Eingabe wurde dem Staatsministerium zur Erwägung übergeben.

Stuttgart, 21. Jan. Der Landtag nimmt am Dienstag, den 26. Januar nachmittags seine Beratungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stehen außer elf kleinen und drei großen Anfragen, unter letzteren die Angelegenheit des Abg. Scheel über die Auseinandersetzung mit dem Kaiser-Wilhelm-Institut, das Gesetz über die Vermögensverwaltung der Reichsministerien, ferner die Gesetzentwürfe über die Vereinfachung der Staatsverwaltung, über das Staatsministerium und die Ministerien, sowie die Anträge zu verschiedenen Gegenständen und Eingaben. Vor der Plenarsitzung treten die Fraktionen zu Beratungen zusammen.

Berlin, 22. Jan. Die Reichsbahnverwaltung ist laut Telegramm nicht mehr in der Lage, die erforderlichen Erneuerungsarbeiten an den Weichenanlagen vorzunehmen. Es besteht demnach die Gefahr einer Unterbrechung des Verkehrs. Die Reichsbahnverwaltung ist laut Telegramm nicht mehr in der Lage, die erforderlichen Erneuerungsarbeiten an den Weichenanlagen vorzunehmen. Es besteht demnach die Gefahr einer Unterbrechung des Verkehrs. Die Reichsbahnverwaltung ist laut Telegramm nicht mehr in der Lage, die erforderlichen Erneuerungsarbeiten an den Weichenanlagen vorzunehmen. Es besteht demnach die Gefahr einer Unterbrechung des Verkehrs.

Die Revision des Lehrers Sieben verworfen.
Berlin, 22. Jan. Vor dem Reichsgericht wurde gestern über die Revision des demokratischen Lehrers und Gemeindevorstanders Sieben gegen das Urteil des Landgerichts Aurich, das ihn wegen Verstoßes gegen die Weichenordnung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt hatte, verhandelt. Nach einem Bericht der 'Post' gab der Reichsanwalt zwar zu, daß die Feststellungen des Landgerichts in zwei Punkten mißverständlich und schwerlich widerprüchlich seien. Die Widersprüche ließen sich jedoch bei geeigneter Auslegung des Urteils aufklären. Er beantragte Zurückweisung der Revision. Das Reichsgericht gab diesem Antrag statt.

Die Steuerpflicht der Fürsten.
Berlin, 21. Jan. Die Abgeordneten Dr. Rosenfeld (Soz.) (Reichener Komm.) und Brabant (Dem.) fragen, wie es mit den beschlagnahmten Werten der vorläufig unter Staatsverwaltung genommenen Vermögenswerte gehalten werde. Abgeordneter Brabant fragt insbesondere, ob vom Herzog von Koburg-Gotha Steuern nachverlangt worden seien, nachdem das Reichsgericht I ein ihm günstiges Urteil gefällt habe. Abg. Wegmann vom Zentrum fragt an, ob es richtig sei, daß bei dem Ansehen des Fürsten eine Steuerpflicht von 42 Millionen entstanden sei, und ob es weiter bekannt sei, daß der Großherzog von Oldenburg für sein Privatvermögen Steuerfreiheit in Anspruch genommen habe, und daß deshalb ein Verfahren mit dem oldenburgischen Finanzamt noch laßende. Ministerpräsident Brüning: Auch die früheren Fürstendürfen haben wie jeder Staatsbürger das Recht auf das Steuerrecht. So zwei-felhafte Fälle vorliegen, sind sie auf Grund der Abgabenordnung und so weiter durch die Form eines Wertungsverzeichnisses geschildert worden. Abg. Rosenfeld beantragt eine Schriftliche genaue Auskunft 1. ob und inwieweit die einzelnen Fürstendürfen Steuer bezahlt haben, 2. ob und welche Fürstendürfen Steuerfreiheit weiter in Anspruch genommen haben. Der Antrag angenommen. Außerhalb der Debatte gab ein Vertreter des preuß. Ministeriums des Innern, Geheimrat Graf, eine Erklärung ab, in der es folgendermaßen heißt: In der Dienstadt des Reichsanwaltes des Reichstags hat nach dem Bericht des Reichsanwaltes des Reichstags das Reichsamt mit ausdrücklicher Genehmigung des Reichspräsidenten Roske und des preussischen Ministers des Innern, Severing, erfolgt sein.

Diese Behauptung ist unzutreffend. Der Sachverhalt ist ungefähr folgender: Im Frühjahr 1925 hat der Provinziallandtag der Provinz Hannover aus der Bildersammlung des Herzogs von Braunschweig einige hundert Bilder zum Kaufpreis von rund 150 000 M. erworben. Den Ankauf eines Stiches der Sammlung, 'Eduard VI. als Kind' von Hans Holbein, hat der Verwalter der Höhe des Kaufpreises wegen — er betrug eine Million — abgelehnt. Das Bild ist dann nach England verkauft worden. Der Oberpräsident Roske hat der Freigabe des Bildes nach der Bestimmung der Kunstschatzverordnung vom 12. Mai 1920 ausdrücklich widersprochen und der Innenminister Severing hat diesen Widerspruch zunächst unterstützt. Mit Rücksicht auf den nahen Ablauf der Kunstschatzverordnung ist dann die Freigabe des Bildes erfolgt. Der Ausschuss nimmt diese Erklärung zur Kenntnis. Abg. Overling (Dn.) fragt, ob es bei der bayerischen Staatsregierung nicht als ein Verstoß angesehen wird, wenn der von den Demokraten beantragte Bescheid über spezielle Vorschriften über die Wertverrechnung macht. Der bayerische Oberpräsident von Preger erklärt: Die bayerische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Ordnung des Verhältnisses zwischen den Ländern und ihren ehemaligen Fürstendürfen eine staatsrechtliche Angelegenheit ist und daß sie nicht durch Reichsgesetz erledigt werden kann, da in der Reichsverfassung irgendwelche Kompetenzen des Reichs dafür nicht enthalten sind. Eine Verpflichtung der bayerischen Staatsregierung, dem Reichstag Ankauf zu geben über Angelegenheiten, die bayerische sind, kann unter keinen Umständen anerkannt werden. (Lurbe links.) Aus Courtoise hat sich aber die bayerische Regierung nicht gewiegert, Ankauf zu geben. Wir haben die noch zur Verfügung stehenden drei Exemplare der Denkschrift dem Reichsministerium des Innern eingeschickt. Die weitere Erörterung der bayerischen Fragen wurde auf heute nachmittags 3 Uhr vertagt.

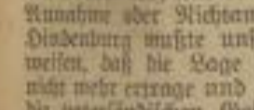
Die Koalitionsparteien der Mitte verfügen über folgende Mandatsstärke: Deutsche Volkspartei 51, Zentrum 33, Demokraten 22, Bayerische Volkspartei 19, nat. 17, die Sachinopposition: Sozialdemokraten 131, die Opposition: Demokratische 111, Wirtschaftspartei 17, Volksliste 14, Kommunisten 45, Welfen 4, nat. 191.

Aus den Reichstags-Ausschüssen.
Berlin, 21. Jan. Der Reichstagsausschuss für die Entscheidungsgesetze nahm den Bericht des Präsidenten des Reichsausschusses über die Reichsausschüsse entgegen über die Reichsausschüsse und Wiederaufbauauschüsse für Auslands-, Kolonial- und solche Deutsche, die in den abgetretenen Gebieten (Elsass-Lothringen) und Ostpreußen wohnen. Ingesamt sind bisher an solchen Reichsausschüssen und Wiederaufbauauschüssen in den Monaten April bis Dezember 1925 200 589 847 Mark bewilligt worden. Dadurch sind 118 148 Fälle entweder durch Bewilligung oder durch Ablehnung erledigt. Am 1. Januar 1926 lagen noch 162 243 Fälle am Reichsausschuss vor. Die Zahl der zu bewilligenden Neureinigungen ist unbekannt. Zurzeit ist das Finanzministerium aber nicht in der Lage, noch mehr Mittel zu geben. — Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags behandelte einen kommunikativen Antrag, der eine neue Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent der auf Grund der letzten Erhöhung entstandenen Höhe fordert und weiterhin die Beilegung der bisherigen Ortsoffiziersverhältnisse verlangt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Oser (Str.), stellte fest, daß bereits die letzte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung selbst bei vollem Eingang der Lohn- und Gehaltssteuern von drei Prozent noch einen Aufschlag von 50 Prozent der Mittel aus öffentlichen Mitteln erfordere. Nachdem von Regierungsseite erklärt worden war, daß gerade heute beim Reichsausschuss eine Besprechung über die Erwerbslosenunterstützung stattfindet, einigte sich der Ausschuss dahin, dem Reichsausschussministerien anzufragen, ob der Arbeitsminister bereits für Freitag die nötigen Unterlagen und Erklärungen abgeben könne. Daß den Erwerbslosen noch mehr geholfen werden müsse als bisher geschehen ist, war die einstimmige Auffassung des Ausschusses. Von einer Beschleunigung wurde jedoch aus den angegebenen Gründen abgesehen.

Frankfurter Fallbesitz im Saargebiet als Würder verhaftet.
Saarbrücken, 21. Jan. Im Zuge Saarbrücken-Geheimfunde wurde heute nacht der Gemeindevorstand Herr aus Wiesbaden verhaftet. Als der Tat dringend verdächtig wurden von der Saarbrückener Polizei zwei frankfurter Fallbesitzer festgenommen. Ein dritter Fallbesitzer war während der Fahrt im Tunnel bei Friedrichsdorf aus dem Zuge geflohen.

Paris, 21. Jan. Zwischen Frankreich und Spanien sind bindende Abmachungen über eine gemeinsame Frühjahrsreise gegen die Arim getroffen worden.
London, 21. Jan. Die Völkerbundbehörden fragen bei der französischen und britischen Regierung inoffiziell an, ob der Zusammentritt der vorbereitenden Abklärungskommission nicht lieber bis zum 15. Mai vertagt werden soll. Die Angelegenheit wurde am Comberlain zur Entscheidung überwiesen.

Bethlen Minister der Fällungen?
Wien, 21. Jan. Der 'Abend' berichtet aus Budapest über einen eigenhändig geschriebenen Brief des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen aus den ersten Dezembertagen des vorigen Jahres an den Baron Veranyi mit folgendem Wortlaut: Ich erhalte von Deiner bevorstehenden französischen Frankensaktion Kenntnis. Im Interesse meiner Verhandlungen in Genf sowie im allgemeinen außenpolitischen Interesse erlaube ich Dir um vorläufige Aufschub dieser Aktion.



weissen Kalb

reich Döllsch

Bären

österreich

Österreich

Österreich

Österreich

Österreich

Österreich

Österreich

Österreich

Österreich

Bei der im Archiv des Nationalverbandes vorgenommenen Sausaufhebung wurde der Brief Bethlens beschlagnahmt und an den Straßkassen gelegt. Wegen dieser Briefaffäre wollte Bethlen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit weitgehenden Untersuchungsbeugnissen verhindern. Inzwischen erfuhr die Opposition von dem Briefe und der Widerstand Bethlens gegen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit allen Rechten hatte deshalb keinen Sinn mehr. Als er von der Opposition wegen des Briefes interpelliert wurde, erklärte er: „Ich leugne nicht, daß ich den Brief geschrieben habe. Er beweist aber doch gerade, daß ich an der Aktion nicht beteiligt bin.“ — Wenn sich diese Nachricht des „Abend“ bewahrheitet, stehen wir vor einer neuen sensationellen Wendung der Kaiserkrone.

Wirtschaft in den Saargruben.

Paris, 22. Jan. Seit einigen Tagen erscheinen gleichzeitig in deutschen und italienischen Blättern Angriffe gegen die französische Verwaltung der Kohlengruben im Saargebiet. Man wachte sowohl in Deutschland als auch in Italien auf die Unfähigkeit der französischen Ingenieure und die schlechten Erträge der den Franzosen unterstellten Gruben aufmerksam. Man glaubt, daß sich infolge dieser Publikationen eine gewisse Reue bei den Franzosen bemerkbar gemacht. Man bezieht sich, für formelle Demarkationen entgegenzusetzen und sie als reine Erfindung zu bezeichnen. Trotzdem ist man aber sehr erstaunt darüber, daß diese Kritiken zu gleicher Zeit in deutschen und italienischen Zeitungen erschienen sind.

Ein Vortrag von Thomas Mann in Paris.

Paris, 21. Jan. Der geistige Vortrag des deutschen Schriftstellers Thomas Mann in der Carnegie-Stiftung war für das Geistesleben der französischen Hauptstadt ein wichtiges Ereignis, das eine stattliche Anzahl französischer Intellektueller anzulocken vermochte. Unter den 300 Zuhörern konnte man einen beträchtlichen Teil der führenden Akademiker und hervorragenden Männer des französischen Schriftstums und der Wissenschaft bemerken, die alle den Ausführungen des Vortragenden mit lebhaftem Interesse folgten. Der Professor für deutsche Literatur an der Pariser Universität, Henri Lichtenberger, führte Thomas Mann in die Versammlung ein und wies darauf hin, daß gerade dieser deutsche Schriftsteller die geeignete Persönlichkeit sei, für die Verständigung zu arbeiten, weil er gewissermaßen durch seine literarische Tätigkeit das alte Deutschland mit dem neuen verbinde, das sich im Gegensatz zu der Vorkriegszeit mehr nach dem Westen orientieren müsse. Die Rede von Thomas Mann, die er in deutscher Sprache hielt, war ein vollendetes Meisterstück der Rede. Es machte offenbar einen großen Eindruck, daß er nicht im Übergewand erschien, sondern mit anerkennenswerter Deutlichkeit die deutsche Eigenart verdeutlichte und die Ursachen des Krieges in den verschiedenen Weltanschauungen und den verschiedenen Weltanschauungen der Kriegführenden suchte. Im Anschluß an seinen Vortrag wurden Thomas Mann aus den Reihen der Zuhörer einige Fragen gestellt, die man alle in die Formel zusammenfassen kann, ob Deutschland befreit sei, sich in die allgemeine Reorganisation Europas einzufügen. Er antwortete in optimistischem Sinne, wies jedoch darauf hin, daß eine derartige europäische Organisation nur möglich sei, wenn auf allen Seiten der gleiche gute Wille herrsche. Die Ausführungen Thomas Manns wurden von Professor Lichtenberger ins Französische übersetzt. Es zeigte sich, daß der intime Kreis, in dem der Vortrag gehalten wurde, tatsächlich zum großen Teil von antirassistischen Interessenten für eine Annäherung und Verständigung gebildet wurde. Die Snobs, die man bei derartigen Veranstaltungen in allen europäischen Hauptstädten anzutreffen pflegt, waren unter den Zuhörern kaum zu bemerken. Der nach Schluß des Vortrages herumdröselte, mußte aus dem Gedränge der einzelnen Gruppen die Überzeugung gewinnen, daß Thomas Mann als geistiger Dolmetscher des zeitgenössischen Deutschland mit seinem Vortrag ein gutes Werk verrichtet und die französischen Intellektuellen in tieferem Nachdenken über das Problem „Deutschland-Französisch“ angeregt hat.

Russisch-japanische Einigung über China?

Paris, 22. Jan. Am Quai d'Orsay wird mitgeteilt, daß die Spannung zwischen Sowjet-Rußland und Japan wegen des Zwischenfalls bei der chinesischen Ostbahn keineswegs so bedrohlichen Charakter habe, wie dies aus den Tokioter Berichten hervorzugehen scheint. Von russischer diplomatischer Seite wird sehr versucht, eine Verständigung mit Moskau und Tokio auf breiter Basis zustande zu bringen. Der Sowjet-Rußland-Krupp steht bereits mit der Tokioter Regierung in Verhandlungen über die Ausdehnung des russisch-japanischen Vertrages auf folgende Grundzüge: 1. Verständigung darüber, sich aller Maßnahmen gegenüber China zu enthalten. 2. Die Souveränität Chinas anzuerkennen. 3. Gemeinsamlich zur wirtschaftlichen Entwicklung Chinas beizutragen. In einer Verlautbarung sagte der Sowjetbotschafter Krupp: „Es ist notwendig, daß zwischen der russischen, der japanischen und der chinesischen Regierung eine enge Zusammenarbeit vorbereitet wird. Rußland hat keine imperialistischen Absichten gegenüber China und will die Souveränität dieses Landes anerkennen. Andererseits bedrohe Rußland in seiner Weise die japanischen Interessen des fernen Ostens.“ Es herrscht hier der Eindruck vor, daß sich hier sehr wichtige diplomatische Verhandlungen zwischen Moskau und Tokio abspielen, weshalb die Weltmächte diesen Ereignissen die größte Bedeutung beilegen müßten.

Eine Ehrenerklärung für das deutsche Volk.

Newyork, 21. Jan. Senator Reed wandte sich in der heutigen Senatssitzung gegen den Völkerverdacht und gegen den Weltanschauungswechsel. Dabei ging er eingehend auf die Verhältnisse in Deutschland ein und erklärte, daß Deutschland durch die Sanktionen der Alliierten schwer geschädigt worden sei. Größte Anerkennung sollte er dem alten preussischen Heer, dessen Tapferkeit jeder anerkennen müsse. Wer das nicht tue, sei blind. Es habe bedauerlichen Widerstand geleistet, der erst durch den verzweifeltsten Schrei sterbender Frauen und Kinder in der Heimat gebrochen worden sei. Die englische Drogenblockade und das Sterben der Frauen und Kinder habe den Geist des preussischen Heeres unterwühlt. Nur englische und amerikanische Erfindungen zur Abwehr der U-Boote hätten verhindert, daß England nach 10 Tagen ausgehungert und nach 20 Tagen hätte kapitulieren müssen. Das Volk des Deutschen zeige, wie wirksam es sei, wenn die Blockade über ein Land verhängt wird. Der Weltanschauungswechsel könne mit Hilfe des Völkerverdachts ähnliche Sanktionen auch gegen Amerika ergreifen, gegen die das ganze amerikanische Volk keinen Widerstand leisten könne.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung

Sonntagsgedanken.

Erziehung.

Zu kannst beides tollkühn haben, das beste Pädagogische und den mütterlichsten Erziehungs als Vater. Das Buch ist die Bibel, und der Erzieher ist Gott. Verne nur im Wahn leben und Gott verachten, so wird es dir nimmer an Licht und Kraft zu der schweren Aufgabe fehlen!
Aus „Der Weg zum Kinde“.

Erziehung ist kein Geschäft, das man treibt, kein Verfahren, das man nur einmal probiert, kein ausgeklügeltes Programm, das man sich vorgenommen hat: es ist ein Wachen mit einander in Ruhe und Freude, Ernst und Biederhaftigkeit. Dieses Wachen geschieht, aber es wird nicht gemacht. Nur daß die Eltern mitwachen und nicht absterben, daß sie selber in die Höhe gehen und sich nicht auf den Boden drücken lassen. Man soll nicht in die Erde wachsen, sondern sich zum Himmel strecken mit des Stammes Krone. Dann wachsen auch die Kinder stark und groß, denn die Eltern standen nur an der Windseite, sie nahmen ihnen aber keine Sonne.

Der Herr Staatspräsident hat den Bezirksnotar auf gehobener Stelle Schulmeister in Wirkenfeld seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt.

Reudburg, 22. Jan. Herr Keiner aus Heilbronn ist als sachlicher und gewandter Redner geschätzt und bekannt. Die Ausführungen über den Realcredit dürften den Hausbesitz in besonderem Maße interessieren. Durch das Aufwertungsgebot soll ja die Wiederaufrichtung des Realcredits, der durch die sieben Jahre Zwangswirtschaft im Wohnungswesen nahezu restlos vernichtet wurde, ermöglicht werden. Angehts der engen Beziehungen zwischen Realcredit und Wohnungswesen hat der deutsche Hausbesitz deshalb ein vitales Interesse nicht nur an der Wiedergewinnung des Realcredits, sondern auch an der künftigen Behaltung desselben. Der Hausbesitz muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Realcredit noch niemals größere Gefahren in sich barg als heute und in den nächsten Jahren. Durch das Aufwertungsgebot wird der größte Teil der Hypotheken zu einem Termin, am 1. Januar 1927, fällig. Dieser Umstand bedingt blickartig die Situation des städtischen Hausbesitzes und bedeutet eine Gefahr, die rechtzeitig erkannt und gebannt werden muß. Es sei deshalb auch an dieser Stelle nochmals auf den Vortrag im „Bären“ am Sonntag nachmittags aufmerksam gemacht. (S. Interakt.)

Reudburg, 22. Jan. Vergangenen Samstag abend hielt die Sängervereinigung „Freundschaft“ im Gasthof zum „Schwanen“ eine Mitgliederversammlung ab, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Nach Vortrag eines schönen Chors gab Vorstand Gierbach die reichhaltige Tagesordnung bekannt und anschließend konnten zehn neue Mitglieder aufgenommen werden. Kassier Schlotter gab nunmehr einen ausführlichen Bericht über die in allen Teilen wohlgegangene Weihnachtsfeier, und es wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß auch die in der nächsten Zeit stattfindende Hausammlung zu Gunsten unseres Fahnenfonds mit dem gleichen finanziellen Erfolg gekrönt sein möge. Zustimmung wurde beschlossen, an dem in diesem Jahre in Reudburg stattfindenden Gesangsabend teilzunehmen und zwar in diesem Jahre im geborenen Volksgarten. Möge uns auch in diesem freudlichen Wettkampf unser jetziger Leiter nicht verlassen. Zum Vortrag in Wirkenfeld wurden zwei Delegierte bestellt. Eine lebhaft Debattierte entwarf sich über die in einer früheren Versammlung beschlossene Abhaltung eines Kostümballs. Es darf den Mitgliedern, die einen gelungenen Kostümball als Stärkung unserer schwerbelasteten Vereinskasse wünschen und vertreten, nicht als Unrecht angesehen werden, denn zu unserer Fahnenfeier ist Geld notwendig, doch konnte auch denken, die auf die heutige Zeit hinweisen, nichts entgegengehalten werden und der Wunsch, daß der Ausfall des Kostümballs durch edle Spender bei der Hausammlung ausgeglichen werden möge, land allgemeinen Beifall. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab, daß mit weit überwiegender Stimmenmehrheit in Anbetracht der so schweren Zeit und der furchtbaren Arbeitslosigkeit der Kostümball abgelehnt wurde. (Brauo!) Nachdem nunmehr die Tagesordnung erschöpft war, konnte der Vorstand die in schönster Harmonie verlaufene Versammlung abschließen, worauf der gemütliche Teil zu seinem Recht kam.

Reudburg, 22. Jan. Einer der ältesten Einwohner unserer Stadt und der älteste pensionierte Eisenbahndienst, Wilhelm Mannweiler, wurde gestern nachmittags zur letzten Ruhe beigesetzt. Er hat das hohe Alter von 85 Jahren erreicht und war nur kurze Zeit krank, ehe der Tod seinem Erdenleben ein Ende machte. Mit Mannweiler ist auch der letzte Mitbegründer des Turnvereins aus dem Leben geschieden. Noch im vorigen Jahre nahm er, der schon seit Jahren nicht mehr Mitglied war, auf besondere Einladung an dessen Fahnenfeier ein engeres Ansehen teil. Ein Stück Zeitgeschichte ist mit dem alten Eisenbahndienst, der bei Verwandten eine gute Pflege fand, ins Grab gesunken. Er ruhe im Frieden!

(Wetterbericht.) Die Depression im Nordwesten hat sich verlagert. Auf Süddeutschland wirkt jetzt Hochdruck ein. Für Sonntag und Montag ist vorwiegend trockenes und nur zeitweilig bedecktes Wetter zu erwarten.

Wirkenfeld, 22. Jan. Die neugewählten Gemeinderatsmitglieder konnten noch nicht in ihr Amt eingesetzt werden, weil die Gemeinderatswahl vom Ritterschapsverein und der kommunistischen Partei angefochten wurde. In der letzten Donnerstag tagenden Bezirksgerichtssitzung wurde nun die Wahlprüfungskommission (Sportplatz) abgewiesen und die Wahl für gültig erklärt.

Aden

Karlsruhe, 22. Jan. Das Staatsministerium hat auf den Vortrag des Justizministers beschlossen, den Landwirt Erich Rader aus Königberg, der wegen der am 22. März 1925 auf dem Buchhof verübten Ermordung des Landwirts Johannes Schäfer vom Schwurgericht Karlsruh am 21. Juli 1925 zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslanglichem Zuchthaus zu begnadigen.

Wiesloch, 22. Jan. In der gestrigen Bürgerentscheidungsitzung teilte Bürgermeister Dr. Gröppel mit, daß auf seine Veranlassung hin eine Anzahl außerordentlicher Eisenbahnwagen für Wiesloch von der Karlsruher Eisenbahndirektion angekauft worden sind. Diese eignen sich besser als die zum Einsatz in Aussicht genommenen Baracken für Notwohnungen und stellen sich viel billiger. Ein Wagen kostet 300 M., mit den Transportkosten nach Wiesloch 360 M. Die Wagen werden auf fester Grundlage in Form eines Hofes zusammengestellt und ergeben zehn Wohnungen, die 1600 M. Kosten verursachen. Es haben sich schon 15 Familien um diese Wohnungen beworben. In Wiesloch werden noch 200 Wohnungen gesucht. Der Bürgerentscheid erklärte sich mit dem Ankauf der Eisenbahnwagen und ihrer Einrichtung als Notwohnungen einverstanden.

Neuere Nachrichten

Stuttgart, 22. Jan. Da der Vorsitzende der Landeswahlkommission für die Landtagswahlen im nächsten Jahr, wurde vom Erziehungswissenschaftler in Abänderung der Behauptung vom 24. Dezember 1925 bestimmt, daß die Wahlvorschläge spätestens am Sonntag, den 30. Januar 1926, abends 6 Uhr, die Erklärungen über die Verbindung von Wahlberechtigten höchstens am Freitag, den 5. Februar 1926, beim stellvertretenden Vorsitzenden der Landeswahlkommission, Ministerialrat Dr. Springer, Arbeits- und Erziehungswissenschaftler, Stuttgart, abgegeben sind.

Stuttgart, 22. Jan. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurde an die von dem Kultusministerium bei der letzten Ent-

beratung gegebene Zusage erinnert, eine Ausprache über die Hilfsmittel beim Landestheater im Finanzausschuss des Landtags zu ermöglichen in die Wege zu leiten, und verlangt, daß diese mit der schließlichen Zusage endlich eingehend werde. Die oberste Entscheidung beim Landestheater mache eine solche Ausprache noch unerheblich. Auf der anderen Seite sei zu betonen, daß bei der Hinanschiebung bis zur Beratung des neuen Etats solcher die nicht reichen werde. Der Vorschlag wurde erfaßt, wegen der beschleunigten Aufhebung der Besprechung das Erforderliche in die Wege zu leiten.

Stuttgart, 22. Jan. Der Präsident des Landesfinanzamts hat die Ausgaben der gesamten Finanzverwaltung des Landes für das Jahresabrechnung des Rechnungsjahrs 1924 auf 306 Millionen Reichsmark, nach dem Vorschlag für das Rechnungsjahr 1925 auf 311 Millionen Reichsmark und betragen für 1924 4,1 Prozent, für 1925 4,7 Prozent der Gesamteinnahmen von 7,4 bzw. 6,8 Milliarden Reichsmark, somit nicht ein Zwölftel, sondern weniger als ein Zwölftel der Einnahmen.

München, 22. Jan. Die Münchner Polizei hat eine von den Münchener Kommunisten am 27. Januar, nachmittags, auf der Theresienstraße geplante Demonstration gegen den Hunger und das Verbot und in der Druckerlei der „Neuen Zeitung“ Flugblätter beschlagnahmt, die die revolutionären Ziele der KPD kennzeichnen und auf deren es heißt: Fort mit der Regierung und mit dem Reichstag! Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung! In Theresienstraßenversammlungen wurde von den Eisenbahnern die Beteiligung an der kommunistisch-sozialistischen Demonstration am 27. Januar beschloffen.

Saarbrücken, 22. Jan. Der im Zuge Saarbrücken-Reudburger ermordete Gemeindevorsteher Essler war bis zum Späthabern 1924 Saarbrücken dienstlich beschäftigt. Gegen Mitternacht fuhr er zusammen mit drei französischen Zollbeamten nach Reudburg. Diese Offiziere unterwies das Feuille. Essler, der Kriegsgefangener ist, hat, das Fenster zu schließen, und tat es auf ihre Weisung selbst, worauf sich die drei auf ihn stürzten und ihn erdrosselten.

Saarbrücken, 22. Jan. Die Eisenbahndirektion teilt zum Ende des Gemeindevorsteher Essler am 11. 22. Januar um 11 Uhr 30, gegen 11 Uhr abends Saarbrücken verließ, um ins Freizeithotel und Neben der Gemeindevorsteher Essler von Wiesbaden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß nicht dort, sondern ein Schloßanfall als Todesursache anzusehen ist, der zurückzuführen ist auf einen Wortwechsel mit französischen Zollbeamten. (Was ist aus wirklich wahr? Schrift.)

Fraulautern (Saargebiet), 23. Jan. Gestern abend gegen 9 Uhr entstand an bisher unaufgeklärter Ursache, vermutlich durch Kesselbruch, ein Feuer in dem Fabrikgebäude der Clog-Fabrik für elektrische Apparate. Da das Feuer in den Vorläufen der Fabrik richtig abgegriffen wurde, bereitete es sich so schnell aus, daß innerhalb einer Stunde die gesamte aus Holzwerk bestehende Fabrikanlage außer Acht gelassen wurde. Der Schaden wird sich noch nicht übersehen, doch dürfte er sehr erheblich sein.

Köln, 22. Jan. In dem Gemeindevorsteher Reiterich bei Köln haben die Franzosen einen Komplex überlassen, der etwa 10 Hektar umfaßt, für die Errichtung eines neuen Flugplatzes bestimmt. Da im Bereich der Gemeinde 362 Hektar überlassen sind, wird von der Maßnahme fast ein Drittel des gesamten überlassen betroffen.

Jena, 22. Januar. Der Stadtrat hat eine längere Entscheidung angenommen, die gegen die wahllosen Fürstentümer protestiert und die Bestimmungen der gesamten Bevölkerung erreichen wollen.

Berlin, 22. Januar. Auf dem Gute Grawitz in der Oberlausitz hat heute früh der Gutsherr Wölber den Sohn des Gutsherrn Schönemann aus Groß-Köthen und seine eigenen beiden Töchter, im 15 und 18 Jahre alt, erschossen. Schönemann war mit der älteren Tochter verlobt. Allen Ansichten nach hat er die beiden Mädchen und sich selbst erschossen. Ueber die Gründe der Tat ist nichts bekannt.

Berlin, 22. Jan. Im Reichstag ist ein Antrag Fehrenbach eingegangen, der eine Kommission fordert, bestehend aus Mitgliedern des Reichstags, der Landesparlamente und der Spitzenorganisationen der Gemeindeverbände, sowie Vertretern der Wirtschaft, die in Verbindung mit dem Spachkommissar Vorschläge auszuarbeiten hat, zu durchgreifenden Vereinfachung und Vereinfachung der gesamten öffentlichen Verwaltung.

Berlin, 22. Januar. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft verabschiedete sich heute vormittag Reichsminister Graf Koch mit Worten herzlichen Dankes von seinen Beamten. Er sprach die Hoffnung aus, daß durch die Wiedereinführung von Landwirtschaftsämtern, die Gründung der Reichsanstalt für Ernährung und die übrigen Kreditanstalten wenigstens ein Grundbaue geschaffen sei in die Sicherung und den allmählichen Wiederaufbau unserer Ernährung. Staatssekretär Hagedorn dankte dem Minister im Namen der Beamten für das Vertrauen und das persönliche Wohlwollen, das seinem Beamten entgegengebracht hat.

Berlin, 22. Jan. Als Ursache der Explosionskatastrophe in der Hülle Reichthof 9 in Moabit wird nach den bisherigen Ermittlungen der Sachverständigen eine Entzündung von ausgefrästem Holz angenommen. Der Berliner Magistrat hat sich bereit erklärt, die Beschuldigten für die Todesopfer und die Krankenanstalten für die Verletzten zu übernehmen. Die Leichen der Todesopfer sind zur Bestattung freigegeben worden. Bei den Aufbaumarbeiten in Moabit, die heute nachmittags beendet wurden, wurde aus den Trümmern die Leiche des Selbstmörders Rahn geborgen. Der Tat wurde in seinem Bett liegend aufgefunden.

Berlin, 22. Jan. Gegenüber einer Presseäußerung wird im Alltagsmittel, daß eine Verleumdung der Reichsregierung durch den Minister von Hindenburg nach Bremen bis zum Sommer nicht mehr unterbreitet ist, als ein genauer Zeitpunkt für die Reise über nicht feststeht. Wahrscheinlich wird die Reise im März stattfinden.

Berlin, 22. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag außer den amtierenden Ministern Dr. Köpcke und Dr. Köpcke den Reichsjustizminister des neuen Kabinetts Reichshausler als Dr. Marx.

Berlin, 22. Jan. Ein 40 auf mehrere Jahre erstreckendes Programm, das eine Verklärung des Dodekaders der Eisenbahnen vorstellt, um den Vorkriegszustand wieder herzustellen und die Vorkriegsproduktivität zu erzielen, ist, wie die Blätter erfahren, von der Reichsbahn ausgearbeitet worden. Die Ausführung des Programms ist von den bereitstehenden Mitteln abhängig und zur Zeit nicht anging. Eine Gefährdung des Betriebes wird jedoch dadurch nicht entstehen.

Berlin, 22. Jan. Im Reichsjustizgebäude fanden heute Verhandlungen des Reichsjustizministeriums des Innern mit den Vertretern eines großen Beamtenverbandes zwischen Reich und Ländern zur Einigung eines guten Beamtennachwuchses in den Reichsjustizminister hat — Das Schöffengericht in Oranienburg hat sich in dem Prozeß gegen den Freier Schütz, der im Mai vorigen Jahres im Oranienburger Freit seine Schlichte, die Hotelkellnerin Gertrud Meyer, erschossen hatte, für nicht zuständig erklärt und die Sache an das Schwurgericht verwiesen. — Am 1. Februar beginnt vor dem Schwurgericht des Landgerichts 3 in Berlin der Prozeß wegen des Totschlags an dem Schützen Panzer. — Wie der „Börsliche Zeitung“ meldet, hat die bereits gemeldete Revision bei der Allgemeinen Obergerichtsstelle in Bamberg ergeben, daß Untergemächlichkeiten bei der Revision vorgekommen sind und daß ein Fehlbetrag von 20-25000 Mark entstanden ist, der auf Zahlungspflicht und Verschulden in der Geschäftsführung der Kronenkasse zurückzuführen ist. — Das Kammergericht hat als Berufungssitzung in der Klage des Herrn von Hagen gegen die Großherzogin Elisabeth von Mecklenburg den Urteil des Berliner Landgerichts 3 bestätigt. Das Erkenntnis der Großherzogin von Mecklenburg ist gültig anerkannt, der Anspruch der Kronenkasse der Hagenin jedoch auf 6000 Mark beschränkt.

St. Moritz, 22. Jan. Die Fingerringe eigener Konstruktion und mit Schrauben versehen, was die Leistung auf dem ersten Platz einige Tage in St. Moritz im Engadin und in die Höhe.

Budapest, 22. Jan. Dem Antrag der Frankfurter auf seine Befugnisse in der Sache auszuweichen, 2. keine Befugnisse an eine Aktiengesellschaft Budapest Kohle aus den drei Transaktionen abzugeben.

Rom, 22. Jan. Die Regierung des Varna-Vertrages hat die Besetzung des Varna-Vertrages in Italienischer Sache an.

Triest, 22. Jan. Der Tod des Grafen von ...

Triest, 22. Jan. Wie der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

Triest, 22. Jan. Der ...

